



Rat der
Europäischen Union

011491/EU XXVII. GP
Eingelangt am 17/02/20

Brüssel, den 3. Februar 2020
(OR. en)

5556/20
PV CONS 4
AGRI 36
PECHE 29

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Landwirtschaft und Fischerei)
27. Januar 2020

INHALT

Seite

1.	Annahme der Tagesordnung.....	3
2.	Annahme der Liste der A-Punkte	3
a)	Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten	
b)	Liste der Gesetzgebungsakte	

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3.	Arbeitsprogramm des Vorsitzes	4
----	-------------------------------------	---

LANDWIRTSCHAFT

4.	Der europäische Grüne Deal – landwirtschaftliche Aspekte.....	4
----	---	---

Beratungen über Gesetzgebungsakte

5.	Verordnung über GAP- Übergangsbestimmungen.....	4
----	---	---

Sonstiges

6.	a) Tierwohlkennzeichnung.....	5
b)	Ergebnisse der hochrangigen internationalen Konferenz zur Afrikanischen Schweinepest „The future of global pork production under the threat of ASP“ (Berlin, 17. Januar 2020).....	5
c)	Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsministerinnen und -minister Deutschlands, Spaniens und Frankreichs zur künftigen GAP vor dem Hintergrund des europäischen Grünen Deals	5
d)	Herkunftsangabe bei Honigmischungen	6

ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....	7
---	---

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 5225/1/20 REV 1 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

5240/20

Der Rat nahm die in Dokument 5220/20 enthaltenen A-Punkte einschließlich der zur Annahme vorgelegten COR- und REV-Dokumente an.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Umwelt

10. 16. Ministertagung der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) – Ministererklärung
Genehmigung der Annahme der Ministererklärung im Namen der Europäischen Union
vom AStV (2. Teil) am 22.1.2020 gebilligt

5339/20
+ COR 1 (fr)
ENV

b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

5241/20

Justiz und Inneres

1. **Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 zu Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz**
Politische Einigung
vom AStV (2. Teil) am 15.1.2020 gebilligt

① C 15244/1/19 REV 1
+ COR 1 + ADD 1
STATIS

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den Text der überarbeiteten Verordnung zu Migrationsstatistiken (Anlage zu Dok. 15244/1/19 REV 1). Malta und die Slowakei gaben eine gemeinsame Erklärung (siehe Anlage) ab.

Landwirtschaft

2. **Verordnung in Bezug auf die Haushaltsdisziplin ab 2021 und die Flexibilität zwischen den Säulen für 2020**
Annahme des Gesetzgebungsakts
vom SAL am 20.1.2020 gebilligt

[1C]

5181/20 + COR 1

PE-CONS 95/19

AGRI

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der britischen Delegation angenommen (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV).

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. **Arbeitsprogramm des Vorsitzes**
Vorstellung durch den Vorsitz

Der kroatische Vorsitz stellte sein Arbeitsprogramm für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei vor.

LANDWIRTSCHAFT

4. **Der europäische Grüne Deal – landwirtschaftliche Aspekte**
Vorstellung durch die Kommission
Gedankenaustausch

[2]

5174/20

15051/19 + ADD 1

Der Rat führte auf Grundlage eines Papiers des Vorsitzes (Dok. 5174/20) einen Gedankenaustausch über die landwirtschaftlichen Aspekte des europäischen Grünen Deals und nahm die Erläuterungen der Kommission zur Kenntnis.

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

5. **Verordnung über GAP- Übergangsbestimmungen**
Gedankenaustausch

[1C]

5071/20

Der Rat nahm die Stellungnahmen der Delegationen und der Kommission zu den Fragen des Vorsitzes (Dok. 5071/20) zur Kenntnis.

Sonstiges

6. a) Tierwohlkennzeichnung

 5346/1/20 REV 1

Informationen der deutschen Delegation, unterstützt von der belgischen, der dänischen, der französischen, der italienischen und der litauischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen, die die deutsche Delegation mit Unterstützung der belgischen, der dänischen, der französischen, der italienischen und der litauischen Delegation¹ vortrug, zur Kenntnis. Ferner nahm der Rat die Bemerkungen mehrerer Delegationen und die Antwort der Kommission zur Kenntnis.

b) Ergebnisse der hochrangigen internationalen

Konferenz zur Afrikanischen Schweinepest „The future of global pork production under the threat of ASP“ (Berlin, 17. Januar 2020)

 5423/20

Informationen der Kommission

Der Rat nahm die Informationen der Kommission über die Ergebnisse der hochrangigen internationalen Konferenz zur Afrikanischen Schweinepest „The future of global pork production under the threat of ASP“, die am 17. Januar 2020 in Berlin stattgefunden hatte, zur Kenntnis. Ferner nahm der Rat die Bemerkungen mehrerer Delegationen und die Antwort der Kommission zur Kenntnis.

c) Gemeinsame Erklärung der

Landwirtschaftsministerinnen und -minister Deutschlands, Spaniens und Frankreichs zur künftigen GAP vor dem Hintergrund des europäischen Grünen Deals

 5404/20

Informationen der französischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der deutschen, der spanischen und der französischen Delegation zur künftigen GAP vor dem Hintergrund des europäischen Grünen Deal (Dok. 5404/20), die Reaktionen anderer Mitgliedstaaten und die Bemerkungen der Kommission zur Kenntnis.

¹ Außerdem erklärte die spanische Delegation, dass sie sich dem überarbeiteten Vermerk Deutschlands im Nachhinein uneingeschränkt anschließe.

d) **Herkunftsangabe bei Honigmischungen**

5389/20

Informationen der portugiesischen und der slowenischen Delegation mit Unterstützung der bulgarischen, der tschechischen, der zyprischen, der estnischen, der französischen, der griechischen, der ungarischen, der italienischen, der lettischen, der litauischen, der polnischen, der rumänischen, der slowakischen und der spanischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der portugiesischen und der slowenischen Delegation betreffend eine gemeinsame Erklärung mehrerer Delegationen zur Herkunftsangabe bei Honigmischungen zur Kenntnis. Zudem nahm der Rat die Bemerkungen anderer Delegationen und der Kommission zur Kenntnis.

erste Lesung

Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Erklärungen zu den in Dok. 5241/20 enthaltenen A-Punkten

Zu A-Punkt 1: **Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 zu Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz Politische Einigung**

GEMEINSAME ERKLÄRUNG MALTAS UND DER SLOWAKEI

„Es wird auf Punkt 18 „Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 zu Statistiken über Wanderung und internationalen Schutz“ der Tagesordnung für den AStV II vom 15. Januar 2020 Bezug genommen.

Malta und die Slowakei möchten eine weitere gemeinsame Erklärung zu diesem Punkt für das Protokoll über die Tagung des AStV II und des Rates abgeben:

Wir erkennen die Bemühungen des Vorsitzes an, einen Kompromiss mit dem Parlament über den Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 862/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz zu erzielen.

Wir können jedoch dem Kompromiss in der Fassung des Dokuments 15244/1/19 nicht zustimmen.

Unsere Bedenken bezüglich dieses Verordnungsentwurfs, die wir bereits in mehreren Sitzungen der Gruppe „Statistik“ des Rates und auf den Tagungen des AStV vom 20. November 2019 und vom 4. Dezember 2019 sowie auch im Rahmen des Verfahrens der stillschweigenden Zustimmung zum Ausdruck gebracht haben, wurden nicht ausgeräumt. Nach wie vor fehlt eine echte und stichhaltige Begründung für die zusätzlichen Daten und ihren Mehrwert für die Politikgestaltung, und das Problem der doppelten Berichterstattung wurde nicht ausreichend angegangen und bleibt daher unklar. Darüber hinaus hat die Änderung des Erwägungsgrunds 11, wonach der Aufnahme von Datenanforderungen in den Rechtsrahmen der Verordnung Vorrang eingeräumt werden sollte, unser Problem mit dem Verfahren noch verschärft, da dadurch die Umgehung einer angemessenen Folgenabschätzung im Hinblick auf die politischen Erfordernisse möglich wird und unbegründet hohe Ressourcen- und Verwaltungszwänge für die Mitgliedstaaten entstehen.“